

Stand: 07.02.2026 22:30:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17793

"Arbeitsgesetzgebung 4.0 IV: Weiterentwicklung des Transferkurzarbeitergelds hin zum Transformationskurzarbeitergeld"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17793 vom 14.07.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19487 des SO vom 05.12.2017
3. Beschluss des Plenums 17/20400 vom 25.01.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 25.01.2018



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Ilona Deckwerth, Susann Biedefeld SPD**

Arbeitsgesetzgebung 4.0 IV: Weiterentwicklung des Transferkurzarbeitergelds hin zum Transformationskurzarbeitergeld

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über eine Bundesratsinitiative eine Weiterentwicklung des Transferkurzarbeitergelds hin zum Transformationskurzarbeitergeld anzustoßen, bei dem die Bezugsdauer auf 24 Monate angehoben und den Empfängern ein Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Weiterbildung zur Seite gestellt wird.

Begründung:

Nicht nur die Energiewende wird weitreichende Veränderungen in den Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätzen erfordern. Viele Industriezweige – beispielsweise im Bereich der Zulieferung für Verbrennungsmotoren – werden an Bedeutung verlieren. Dies erfordert eine frühzeitige und weitsichtige Wirtschafts- und Sozialpolitik, die diese Entwicklungen erkennt und ihnen wirksame Auffangmechanismen entgegensetzt.

Ein Instrument hierfür wird das Transformationskurzarbeitergeld werden, das dann in Anspruch genommen werden kann, wenn bedingt durch den industriellen Wandel ein Abflauen der Wirtschaftlichkeit einzelner Industriezweige einsetzt.

Unternehmen und Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmern muss durch dieses Instrument die Möglichkeit gegeben werden, rechtzeitig die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen. Dabei ist es von essenzieller Bedeutung, dass dem Empfänger des Transformationskurzarbeitergeldes durch eine zweijährige Maximalbezugsdauer genügend Zeit eingeräumt wird, seine berufliche Neuorientierung vorzunehmen oder sich entsprechend seiner Fähigkeiten und den jeweiligen Anforderungen des Arbeitsmarkts zu qualifizieren und weiterzubilden.

Damit korrelieren muss ein Rechtsanspruch des Empfängers von Transformationskurzarbeitergeld gegen seinen jeweiligen Arbeitgeber, diese Qualifizierung und Weiterbildung auch neben der bisherigen Tätigkeit in Anspruch nehmen zu können. Nur so kann das Transformationskurzarbeitergeld mit einer zukunftsorientierten Weiterbildung ineinander greifen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u.a. SPD**
Drs. 17/17793

**Arbeitsgesetzgebung 4.0 IV: Weiterentwicklung des Transfer-
kurzarbeitergelds hin zum Transformationskurzarbeitergeld**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Angelika Weikert**
Mitberichterstatte: **Steffen Vogel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 26. Oktober 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 5. Dezember 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Ilona Deckwerth, Susann Biedefeld SPD**

Drs. 17/17793, 17/19487

**Arbeitsgesetzgebung 4.0 IV:
Weiterentwicklung des Transferkurzarbeitergelds hin zum Transformationskurzarbeitergeld**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 1 der Anlage zur Tagesordnung. Das ist der Antrag der SPD betreffend "Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!" auf Drucksache 17/17180, der auf Wunsch der Fraktion gesondert beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!
Drs. 17/17180, 17/19745 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

2. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)
Ländlichen Raum stärken – LEADER-Kürzung zurücknehmen
Drs. 17/17304, 17/19591 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesamtkonzept für Rückführungen aus Bayern entwickeln
Drs. 17/17480, 17/19601 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 I:
Überarbeitung der Vermittlungs- und Befristungspraxis
Drs. 17/17790, 17/19484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw.
Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung
Drs. 17/17791, 17/19485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung
und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen- bzw. Mindestarbeitnehmerzahl
Drs. 17/17792, 17/19486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 IV: Weiterentwicklung des Transferkurzarbeitergelds
hin zum Transformationskurzarbeitergeld
Drs. 17/17793, 17/19487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 V: Teamzeit als reguläre Arbeitszeit
Drs. 17/17794, 17/19488 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 VI: Berufliche Weiterbildung stärker fokussieren
Drs. 17/17795, 17/19489 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD
Bayerisches Polizei-Logistikzentrum:
Pro oder Contra? Entscheidungsfindung transparent halten
Drs. 17/18367, 17/19585 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD
Gemeinsam Nordbayern voranbringen. Regionale Zusammenarbeit unterstützen!
Drs. 17/18684, 17/19586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch u. a. SPD
Ausbildung im Fachbereich Finanzwesen
Drs. 17/18222, 17/19475

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären